



„Wer abwandert, kommt nicht zurück“

Sachsens Ministerpräsident Kretschmer über die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung, die Lage von VW und den Protektionismus der USA



Michael Kretschmer (CDU) während des „Freie Presse“-Interviews in seinem Landtagsbüro.

FOTO: MATTHIAS RIETSCHEL

DRESDEN – „Wir waren stolz auf das, was in Sachsen bei Volkswagen mit der Elektromobilität losgeht, was da vorangeht. Jetzt sehen wir: Ganz so erfolgreich ist es dann am Ende doch nicht.“ So reagierte Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer vergangene Woche bei einer CDU-Regionalkonferenz auf den Stellenabbau bei VW. Über seine Haltung zur E-Mobilität sprach er im Interview mit Christoph Ulrich und Tino Moritz.

Freie Presse: Herr Kretschmer, wann steigen Sie privat aufs E-Auto um?

Michael Kretschmer: Für die langen Strecken, die ich fahre, ist mein sparsamer Diesel ein treuer Wegbegleiter. Ich bin sehr für Technologieoffenheit. Ich bin schon oft E-Auto gefahren und finde, es ist ein tolles Fahrgefühl.

Volkswagen hat in Sachsen mit dem Umbau des Zwickauer Fahrzeugwerks zum Elektrostandort eine Vorreiterrolle in Sachen Elektromobilität übernommen. Zweifeln sie jetzt am Erfolg dieser Strategie?

Nein, meine Kritik richtet sich an die Wirtschaftspolitik in Deutschland und Europa. Die Verengung auf einzelne Technologien, die der Staat vorgibt, nimmt der Wirtschaft viel an Innovationskraft und erhöht das Risiko extrem, dass es schiefgeht. In den nächsten Jahren und Jahrzehnten wird es viel mehr Elektroautos geben – aber auch Wasserstoffantriebe und konventionelle Antriebe. Das Alleinstellungsmerkmal von Zwickau als Leitwerk der Elektromobilität ist ein Riesenvorteil: Hier werden die neuesten Technologien entwickelt und gefertigt. Das macht den Standort Zwickau zukunftssicher.

Auf einer CDU-Regionalkonferenz hatte sich das noch anders angehört, als Sie kritisch hinterfragten, warum es bei Volkswagen in Zwickau „nur Elektromobilität“ sein müsse...

Die Kollegen bei Volkswagen sind verunsichert. Es wird weniger Schichten und damit weniger Menschen geben, die dort arbeiten. Aber es wird auch wieder aufwärts gehen. Wir müssen das wirtschaftspolitische Umfeld betrachten. Diese Bun-

desregierung hat uns innerhalb von anderthalb Jahren in eine so desaströse Situation geführt: Rezession, Inflation, Abwanderung von Unternehmen. Und das Ergebnis: Die Bürger halten sich zurück und kaufen jetzt erst einmal kein neues Auto.

Diese Bundesregierung regiert doch aber erst seit 2021.

Ich habe im Mai des vergangenen Jahres gesagt, wir können auf russisches Gas nicht verzichten, wir müssen als Deutschland eine wirtschaftliche Stärke haben, nur dann werden wir uns sicher aufstellen. Dazu darf Energie kein knappes und teures Gut werden. Die Abschaltung der Atomkraftwerke war ein Fehler und das Bürgergeld ebenfalls.

„Diese Bundesregierung hat uns innerhalb von anderthalb Jahren in eine desaströse Situation geführt.“



Jetzt ist es zu spät?

Es ist nie zu spät. Jeder Tag zählt, um Kurskorrekturen vorzunehmen. Der „Pakt für Deutschland“, wie der Bundeskanzler ihn angeregt hat, ist eine Chance. Das erste Thema muss Migration sein, das zweite ein Neuaufsetzen der Energiewende. Der Bundeswirtschaftsminister will einen Industriestrompreis von sechs Cent pro Kilowattstunde haben. Wenn wir uns dieses Ziel stecken, werden wir auch Lösungen finden. Ich bin mir sicher, dass die Atomkraft dann auch eine Rolle spielen muss. Anders wird es nicht gehen.

Zurück zu VW. Die FDP hat die Kritik an der Ampel zurückgewiesen und als Ursache für den Stellenabbau in Zwickau auf „hausgemachte Probleme“ verwiesen. Hat sie Recht?

Der schwache Absatz bei Elektroautos kann nicht auf Volkswagen begrenzt werden. Es hat etwas mit dem Preis der Fahrzeuge, dem Wegfall der Kaufprämie und mit der Höhe der Strompreise zu tun. Das sind doch die Faktoren, die entscheidend sind, ob Bürger zu solch großen Investitionen bereit sind. Wir haben also ein wirtschaftspolitisches Problem. Deutschland ist nicht mehr wettbewerbsfähig – und das ist die Verantwortung dieser Koalition in Berlin.

Es war doch aber eine Frage der Zeit, dass man irgendwann wieder in die Rezession kommt, Stichwort Konjunkturzyklus.

Sagt der Journalist. Der Ökonom würde sagen: Es gibt Gründe dafür, und die sind hier gerade hausgemacht. Schauen Sie sich den Strompreis an, die Abgabenlast oder die Regulierung der Arbeitszeiten.

Was kann eine Landesregierung zur Unterstützung der Elektromobilität überhaupt tun?

Sachsen profitiert von der Elektromobilität. VW, Porsche und BMW produzieren hier. Und darauf sind wir sehr stolz. Stetig bauen wir die Ladeinfrastruktur aus. Beispielswei-

se an den Behörden im Freistaat, die für private Nutzer zugänglich sind. Elektrofahrzeuge sind ein wichtiger Bestandteil des Fuhrparks der Verwaltung. Ihr Anteil wächst kräftig.

Wie groß ist ihre Sorge auch für die Zulieferindustrie – und dass VW vielleicht kein Einzelfall bleibt?

Seit einem Jahr liegt die Inflationsrate in Deutschland zwischen 6 bis 10 Prozent. Das saugt viel Kraft aus dem Land. Wir werden dieses Jahr eine Milliarde Euro weniger Steuern einnehmen als geplant. Wie soll das eigentlich enden? Bisher war das Motto: Wir sind innovativer und leistungsfähiger als andere, also können wir auch etwas teurer sein. Mittlerweile sind andere besser geworden und wir sind zu teuer. Deswegen müssen wir ran an die ökonomischen Grundlagen. Wir brauchen verlässlich günstigere Strompreise. Wir haben in Deutschland im Vergleich zu anderen EU-Ländern viel mehr Restriktionen, Bürokratie und höhere Standards. Wir müssen die Wettbewerbsfähigkeit wieder zurückgewinnen. Es geht so nicht weiter, die Unternehmen verlassen scharenweise unser Land.

Ist „scharenweise“ nicht übertrieben?

Es ist ein Desaster. Ob in der Solarindustrie, in der Stahlbranche oder in der chemischen Industrie, bis in den Mittelstand hinein. Das hat viel mit dem Inflation Reduction Act (IRA) der USA zu tun. Es ist ein knallharter Wettbewerb und wir müssen aufpassen, dass er sich nicht zu einem Wirtschaftskrieg ausweitet. Dieses für Deutschland sehr schwierige Thema wird viel zu wenig diskutiert. Amerika betreibt hier Protektionismus.

Das hieße ja, wir müssten auch mit Subventionen in einer Größenordnung, die kaum vorstellbar ist, dagegenhalten.

Es gibt immer verschiedene Optionen. Erst einmal brauchen wir ein gemeinsames Verständnis, dass der freie Welthandel uns den Wohl-

stand der vergangenen Jahrzehnte gebracht hat. Das muss die europäische Haltung gegenüber Amerika sein. Aber auch die Frage, wie man mit China als aufstrebende Weltmacht umgeht. Wir wollen keine Abhängigkeit in Größenordnungen haben. Dazu braucht es auch eine technologische Souveränität.

Um welche Bereiche in der Wirtschaft machen Sie sich besondere Sorgen?

Es fängt immer in großen Unternehmen an. Die chemische Industrie, Stahl, also in den energieintensiven Bereichen. Aber auch der Mittelstand ist betroffen. Deutschland funktioniert als Hochlohnland nur wegen der geschlossenen Wertschöpfungsketten. Wenn ein wesentlicher Teil wegbricht, kann der Rest wie ein Kartenhaus zusammenfallen. Alles, was jetzt ins Ausland abwandert, wird für 10 oder 20 Jahre dort sein und nicht wieder zurückkommen.

Ganz am Ende steht ja die Gastronomie ...

... ganz am Ende steht der Bäcker, der Gastronom, die Wäscherei. Es hängt alles mit allem zusammen ...

... worum es uns zum Schluss geht: Hat Sachsens Bundesratsinitiative zur Beibehaltung des Mehrwertsteuersatzes von 7 statt 19 Prozent in der Gastwirtschaft eine Chance?

Davon gehe ich aus, denn die Ministerpräsidenten sind sich da einig – genauso wie bei der Ablehnung einer Erhöhung der Mehrwertsteuer beim Gaspreis. |cul/tz

Michael Kretschmer

Der 48-Jährige ist seit knapp sechs Jahren sächsischer Ministerpräsident und CDU-Landesvorsitzender. Seit Januar 2022 ist der gebürtige Görlitzer stellvertretender CDU-Bundeschef. Von 2002 bis 2017 saß Kretschmer im Bundestag. Seit 2019 führt er in Sachsen eine Koalition aus CDU, Grünen und SPD an. |fp